

Klimagerechtigkeit

Völker des Südens

Manifest für eine ökosoziale Energiewende

Ein Appell an Regierungen, Institutionen und unsere Brüder und Schwestern

Über zwei Jahre nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie - und nun parallel zu den katastrophalen Folgen der russischen Invasion in der Ukraine - ist eine "neue Normalität" entstanden. Dieser neue globale Status quo spiegelt eine Verschärfung verschiedener Krisen wider: soziale, wirtschaftliche, politische, ökologische, biomedizinische und geopolitische Krisen.

Der ökologische Zusammenbruch rückt näher. Der Alltag wird immer stärker militarisiert. Der Zugang zu guten Lebensmitteln, sauberem Wasser und erschwinglicher Gesundheitsversorgung wird immer mehr eingeschränkt. Immer mehr Regierungen sind autokratisch geworden. Die Reichen sind noch reicher geworden, die Mächtigen noch mächtiger, und die unregulierte Technologie hat diese Trends nur noch beschleunigt.

Die Triebkräfte dieses ungerechten Status quo - Kapitalismus, Patriarchat, Kolonialismus und verschiedene Fundamentalismen - verschlimmern die Situation. Deshalb müssen wir dringend neue Visionen für einen ökosozialen Übergang und eine Transformation diskutieren und umsetzen, die geschlechtergerecht, regenerativ und menschennah sind, die zugleich lokal und international sind.

In diesem Manifest für eine ökosoziale Energiewende der Völker des Südens halten wir fest, dass sich die Probleme des globalen - geopolitischen - Südens von denen des globalen Nordens und der Schwellenländer wie China unterscheiden. Das **Machtungleichgewicht zwischen diesen beiden Welten besteht nicht nur aufgrund eines kolonialen Erbes fort, sondern hat sich aufgrund eines neokolonialen Energiemodells noch vertieft.** Vor dem Hintergrund des Klimawandels, des ständig steigenden Energiebedarfs und des Verlusts der biologischen Vielfalt haben die kapitalistischen Zentren den Druck erhöht, natürliche Reichtümer abzubauen und sich auf billige Arbeitskräfte aus den Ländern an der Peripherie zu stützen. Nicht nur, dass das bekannte Paradigma der Rohstoffgewinnung immer noch gilt, auch die ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Süden steigen.

Das Neue an dieser Situation ist die "saubere Energiewende" des Nordens, die den globalen Süden noch mehr unter Druck setzt, Kobalt und Lithium für die Produktion von Hightech-Batterien, Balsaholz für Windturbinen, Land für große Solaranlagen und eine neue Infrastruktur für Wasserstoff-Megaprojekte abzugeben. Diese Dekarbonisierung der Reichen, die marktorientiert und exportorientiert ist, beruht auf einer neuen Phase der Umweltzerstörung im Globalen Süden, die das Leben von Millionen von Frauen, Männern und Kindern beeinträchtigt, ganz zu schweigen von nicht-menschlichem Leben. Frauen, vor allem in Agrargesellschaften, sind mit am stärksten betroffen. Auf diese Weise ist der Globale Süden einmal mehr zu einer Opferzone ge-

worden, zu einem Korb mit angeblich unerschöpflichen Ressourcen für die Länder des Nordens.

Eine Priorität des globalen Nordens war es, die globalen Versorgungsketten zu sichern, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, und zu verhindern, dass bestimmte Länder wie China den Zugang monopolisieren. So setzten sich die G7-Handelsminister kürzlich für eine verantwortungsvolle, nachhaltige und transparente Lieferkette für kritische Mineralien durch internationale Zusammenarbeit, Politik und Finanzwelt ein, einschließlich der Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen durch die WTO. Der Globale Norden hat auf mehr Handels- und Investitionsabkommen mit dem Globalen Süden gedrängt, um seinen Bedarf an Ressourcen zu decken, insbesondere an solchen, die für eine "saubere Energiewende" erforderlich sind. Diese Abkommen, mit denen Handels- und Investitionshemmnisse abgebaut werden sollen, schützen und stärken die Macht und die Rechte von Unternehmen, indem sie Staaten potenziellen Klagen im Rahmen von Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) aussetzen. Der globale Norden nutzt diese Abkommen, um die "saubere Energiewende" zu kontrollieren und einen neuen Kolonialismus zu schaffen.

Die Regierungen des Südens sind in der Zwischenzeit in eine Schuldenfalle getappt und haben sich Geld geliehen, um Industrien und eine groß angelegte Landwirtschaft zur Versorgung des Nordens aufzubauen. Um diese Schulden zurückzuzahlen, sahen sich die Regierungen gezwungen, noch mehr Ressourcen aus dem Boden zu holen, wodurch ein Teufelskreis der Ungleichheit entstand. Heute hat die unerschütterliche Zielsetzung, sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden, ohne den Verbrauch im Norden nennenswert zu senken, den Druck zur Ausbeutung dieser natürlichen Ressourcen nur noch erhöht. Darüber hinaus hat der Norden, während er seine eigene Energiewende vorantreibt, nur ein Lippenbekenntnis zu seiner Verantwortung für die Bewältigung seiner historischen und wachsenden ökologischen Schuld gegenüber dem Süden abgelegt.

Geringfügige Veränderungen in der Energiestruktur reichen nicht aus. Das gesamte Energiesystem muss umgestaltet werden, von der Produktion und Verteilung bis hin zu Verbrauch und Abfall. Es reicht nicht aus, Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen, sondern das gesamte Verkehrsmodell muss geändert werden, indem der Energieverbrauch gesenkt und nachhaltige Optionen gefördert werden.

Also müssen die Beziehungen nicht nur zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie, sondern auch innerhalb der Länder zwischen den Eliten und der Bevölkerung gerechter werden. Korrupte Eliten im globalen Süden haben ebenfalls an diesem ungerechten System mitgewirkt, indem

sie von der Rohstoffgewinnung profitierten, Menschenrechts- und Umweltaktivisten unterdrückten und die wirtschaftliche Ungleichheit aufrechterhielten.

Die Lösungen für diese miteinander verknüpften Krisen sind nicht nur technischer Natur, sondern vor allem politischer Natur.

Als Aktivist*innen, Intellektuelle und Organisationen aus verschiedenen Ländern des Südens rufen wir die Akteure des Wandels in verschiedenen Teilen der Welt auf, sich für einen radikalen, demokratischen, geschlechtergerechten, regenerativen und menschnahen ökosozialen Übergang einzusetzen, der sowohl den Energiesektor als auch die Industrie und die Landwirtschaft, die von großen Energiemengen abhängen, verändert. Nach Ansicht der verschiedenen Bewegungen für Klimagerechtigkeit ist "der Übergang unvermeidlich, aber die Gerechtigkeit leider nicht".

Wir haben noch Zeit, einen gerechten und demokratischen Übergang einzuleiten. Wir können uns vom neoliberalen Wirtschaftssystem befreien, indem wir einen Weg einschlagen, der das Leben schützt, soziale Gerechtigkeit mit Umweltgerechtigkeit verbindet, egalitäre und demokratische Werte mit einer widerstandsfähigen, ganzheitlichen Sozialpolitik zusammenbringt und das ökologische Gleichgewicht wiederherstellt, das für einen gesunden Planeten notwendig ist. Doch dafür brauchen wir mehr politische Phantasie und mehr utopische Visionen einer anderen Gesellschaft, die sozial gerecht ist und den Planeten als unser gemeinsames Haus respektvoll behandelt.

Die Energiewende sollte Teil einer umfassenden Vision sein, die die radikale Ungleichheit bei der Verteilung der Energieressourcen beseitigt und die Energiedemokratie vorantreibt. Sie sollte die großen Institutionen – die industrielle Landwirtschaft, die riesigen Energiekonzerne – sowie marktwirtschaftliche Lösungen beiseite stellen. Stattdessen muss sie die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft und sozialer Organisationen stärken.

Deshalb stellen wir die folgenden 8 Forderungen:

- 1.** Wir warnen davor, dass eine Energiewende, die von unternehmerischen Megaprojekten geleitet wird, die aus dem Globalen Norden kommen und von zahlreichen Regierungen im Süden akzeptiert werden, die Ausdehnung der Opferzonen im gesamten Globalen Süden, das Fortbestehen des kolonialen Erbes, des Patriarchats und der Schuldenfalle mit sich bringt. Energie ist ein elementares und unveräußerliches Menschenrecht, und Energiedemokratie sollte unser Ziel sein.
- 2.** Wir rufen die Völker des Südens auf, falsche Lösungen abzulehnen, die mit neuen Formen des Energiekolonialismus einhergehen, jetzt im Namen eines grünen Übergangs. Wir rufen ausdrücklich dazu auf, die politische Koordination zwischen den Völkern des Südens fortzusetzen und gleichzeitig strategische Allianzen mit kritischen Sektoren im Norden anzustreben.
- 3.** Um die verheerenden Folgen der Klimakrise abzumildern und einen gerechten und menschnahen ökosozialen Übergang voranzutreiben, fordern wir die Begleichung der ökologischen Schuld. Dies bedeutet angesichts der ungeheuren

Verantwortung des globalen Nordens für die Klimakrise und den ökologischen Zusammenbruch die wirksame Umsetzung eines Systems der Entschädigung für den globalen Süden. Dieses System sollte einen beträchtlichen Transfer von Geldern und geeigneter Technologie beinhalten und die Annullierung der Staatsschulden für die Länder des Südens vorsehen. Wir unterstützen Entschädigungen für Verluste und Schäden, die indigene Völker, gefährdete Gruppen und lokale Gemeinschaften durch Bergbau, Großstaudämme und schmutzige Energieprojekte erlitten haben.

- 4.** Wir lehnen die Ausweitung der Grenzen bei der Gewinnung von fossilen Rohstoffen in unseren Ländern – durch Fracking und Offshore-Projekte – ab und weisen den heuchlerischen Diskurs der Europäischen Union zurück, die kürzlich Erdgas und Atomenergie zu "sauberen Energien" erklärt hat. Wie bereits 2007 in der Yasuni-Initiative in Ecuador vorgeschlagen und heute von vielen sozialen Bereichen und Organisationen unterstützt, befürworten wir den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und die Schaffung der sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen, die für die Abkehr vom Extraktivismus und den Übergang zu einer Zukunft ohne fossile Brennstoffe erforderlich sind.
- 5.** Ebenso lehnen wir "grünen Kolonialismus" in Form von Landraub für die Installation von Solar- und Windparks, den wahllosen Abbau essentieller Mineralien und die Förderung technologischer "Lösungen" wie blauer oder grauer Wasserstoff ab. Abschottung, Ausgrenzung, Gewalt, Übergriffe und Verschanzung haben die vergangenen und aktuellen Nord-Süd-Energiebeziehungen charakterisiert und sind in einer Zeit ökosozialer Übergänge nicht akzeptabel.
- 6.** Wir fordern einen echten Schutz der Umwelt- und der Menschenrechtsverteidiger, insbesondere der indigenen Völker und der Frauen, die sich an vorderster Front gegen den Extraktivismus wehren.
- 7.** Die Beseitigung der Energiearmut in den Ländern des Südens sollte zu unseren grundlegenden Zielen gehören - ebenso wie die Energiearmut in Teilen des Globalen Nordens - durch alternative, dezentralisierte, gerecht verteilte Projekte für erneuerbare Energien, die den Gemeinschaften selbst gehören und von ihnen betrieben werden.
- 8.** Wir prangern internationale Handelsabkommen an, die Länder bestrafen, die die Förderung fossiler Brennstoffe einschränken wollen. Wir müssen die Anwendung von Handels- und Investitionsabkommen stoppen, die von multinationalen Konzernen kontrolliert werden und die letztlich eine weitere Rohstoffgewinnung fördern und einen neuen Kolonialismus stärken.

Unsere ökosoziale Alternative basiert auf zahllosen Kämpfen, Strategien, Vorschlägen und gemeinschaftsbasierten Initiativen. Unser Manifest knüpft an die gelebten Erfahrungen und kritischen Perspektiven indigener Völker und anderer lokaler Gemeinschaften, Frauen und Jugendlicher im gesamten Globalen Süden an. Es ist inspiriert von der Arbeit an den Rechten der Natur, buen vivir, vivir sabroso, sumac kawsay, ubuntu, swaraj, den Gemeingütern, der solidarischen Ökonomie, der Agrarökologie, der Ernährungssouveränität, dem Post-Extraktivismus, dem Pluriversum, der Autonomie und der Energiesouveränität. Vor allem rufen wir zu einem radikalen, demokratischen, menschnahen, ge-

schlechtergerechten, regenerativen und umfassenden ökologischen Übergang auf.

In Anlehnung an den [Ökosozialen und Interkulturellen Pakt des Südens](#) schlägt dieses Manifest eine dynamische Plattform vor, die Sie einlädt, sich unserem gemeinsamen Kampf für den Wandel anzuschließen, indem Sie dazu beitragen, kollektive Visionen und kollektive Lösungen zu schaffen.

Wir laden Sie ein, dieses Manifest mit Ihrer [Unterschrift](#) zu unterstützen.

Unterstützende Organisationen

Actrices Argentinas
Censat Agua Viva-Amigos de la Tierra Kolumbien
Verbrauchervereinigung von Penang
Ökosozialer und Interkultureller Pakt des Südens
Aussterbe-Rebellion Medellín
Fokus auf den globalen Süden
Freunde der Erde Malaysia
Globale Gerechtigkeit jetzt
Global Tapestry of Alternatives
Greenpeace
Sozioambientale Gruppe Lotos
Stiftung Gesundheit von Mutter Erde
Peoples Response Netzwerk
Seminario permanente Re-Evolución de la Salud
Netzwerk Dritte Welt
War on Want
WoMin

Einzelunterzeichner (Institutionen nur zur Identifizierung)

Alberto Acosta (Ecuador)
Volahery Andriamanantensaso, CRAAD-OI (Madagaskar)
Alhafiz Atsari, EKOMARIN (Indonesien)

Haris Azhar (Indonesien)
Gerry Arances, Zentrum für Energie, Ökologie und Entwicklung (Philippinen)
Tatiana Roa Avendaño, Censat Agua Viva-Amigos de la Tierra (Kolumbien)
Nnimmo Bassey, Stiftung Gesundheit von Mutter Erde (Nigeria)
Karina Batthyany, CLACSO (Uruguay)
Walden Bello, Laban ng Masa (Philippinen)
Lucio Cuenca Berger, Latinoamerikanisches Observatorium für Umweltkonflikte (Chile)
Patrick Bond, Universität von Johannesburg (Südafrika)
Mirta Susana Busnelli, Actrices Argentinas (Argentinien)
Fiona Dove, Transnationales Institut (Niederlande/Südafrika)
Desmond D'Sa, South Durban Community Environmental Alliance (Südafrika)
Jose De Echave, CooperAccion (Peru)
Arturo Escobar, UNC Chapel Hill (USA/Kolumbien)
Ashish Kothari, Global Tapestry of Alternatives (Indien)
Makoma Lekalakala, Earthlife Africa (Südafrika)
Alex Lenferna, Climate Justice Coalition (Südafrika)
Xochitl Leyva, Ciesas Sureste (Mexiko)
Thuli Makama, Oil Change International (Swasiland)
Marilyn Machado Mosquera, Kaugro ri Changaina (Kolumbien)
Kavita Naidu, Progressive International (Fidschi/Australien)
Asad Rehman, War on Want (Großbritannien)
Oscar Rivas, Partido Ecologista Verde (Paraguay)
Fernando Russo, CTA (Argentinien)
Yeb Sano (Philippinen)
Rocío Silva-Santisteban, Komitee Ana Tallada (Peru)
Gustavo Castro Soto, Otros Mundos Chiapas (Mexiko)
Maristella Svampa, Ökosozialer und Interkultureller Pakt des Südens (Argentinien)
Pablo Vommaro, UBA/CLACSO (Argentinien)
Noble Wadzah, Oilwatch (Ghana)
Chima Williams, Freunde der Earth (Nigeria)
Ivonne Yanez, Accion Ecologica (Ecuador)
Raúl Zibechi, Brecha (Uruguay)

<https://fpif.org/manifesto-for-an-ecosocial-energy-transition-from-the-peoples-of-the-south/>

Eduardo Gudynas Lateinamerika und die ökologische Krise

[Amerika 21](#) - Es deutet alles darauf hin, dass schon sechs der neun Belastungsgrenzen der Erde verletzt worden sind. Tatsächlich kommen zum Klimawandel noch der Verlust an Vielfalt bei lebender Arten, die Störungen in den biochemischen Abläufen, die Veränderungen beim Süßwasser, die Veränderungen bei der Nutzung der Landflächen und eine Flut von synthetisierten, in der Natur nicht vorkommenden Substanzen hinzu. Der einzige Erfolg war bisher die Abwendung der Zerstörung der Ozonschicht. [...] Man schätzt, dass alle Schwellenwerte bis 2030 verletzt werden. [...]

Verflechtungen

Die Grenzen zwischen den Ländern verschwimmen; das was in einer weit entfernten Region der Erde passiert, betrifft letztlich auch uns. Das ist augenscheinlich beim Klimawandel, denn die von China und den USA – den beiden Hauptverantwortlichen für den Treibhauseffekt – ausgestoßenen Gase führen zu Veränderungen, die andere Länder schwer treffen, von den kürzlichen verheerenden Überschwemmungen in Pakistan bis zur Dürre in Brasilien.

Die Dynamiken der Naturzerstörung zur Gewinnung von Rohstoffen sind auch global. China ist heute der größte Importeur von Rohstoffen aus ganz Lateinamerika. Die globa-

le Nachfrage und die chinesische Vermittlung haben die Fördermenge im Bergbau und beim Erdöl sowie die Landwirtschaftsproduktion in Lateinamerika vervielfacht, um sie nach China und andere asiatische Länder zu exportieren. [...] Wir befinden uns in einer ganz anderen Welt als der, die sich die alte Politik vorgestellt hat, jene, die die USA oder die europäischen Mächte kritisierte. Was in Brüssel oder Washington entschieden wird, ist weiterhin wichtig, aber noch wichtiger sind die Beschlüsse des jüngsten Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas.

Wir sehen uns ungleichen Beziehungen gegenüber – sowohl im Ökonomischen als auch im Ökologischen. Wir exportieren Rohstoffe – in einigen Ländern sind das Bodenschätze und in anderen Lebensmittel aus der Landwirtschaft – vergleichsweise billig, weil die Lateinamerikaner die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten für die Verschlechterung tragen, die dies in jedem Land produziert. Das Beharren von Regierungen auf Freihandelsabkommen, insbesondere mit China und anderen asiatischen Ländern, werden diese ökonomischen und ökologischen Asymmetrien nicht umkehren sondern sie noch weiter verstärken. Auf kontinentaler Ebene hat die Politik einer Regierung direkte Auswirkungen auf die Nachbarländer. Die Abholzung des Amazonaswaldes, die Jair Bolsonaro während seiner

Präsidentschaft in Brasilien beförderte, zerstört nicht nur eines der wertvollsten Reservoirs an Artenvielfalt auf der Erde, sondern verändert auch die hydrologischen Abläufe und die Klimadynamik in Südamerika. Etwas Ähnliches geschieht auch durch die Unfähigkeit der Regierung in Bolivien, Brände oder Abholzungen in den dortigen Wäldern zu verhindern.

Das wirkt sich letztlich auf alle Länder im Einzugsgebiet des Rio de la Plata aus, möglicherweise durch die Veränderung der Niederschläge, und diese Auswirkungen dehnen sich noch weiter gen Süden aus. Zugleich leiten alle Länder in diesem riesigen Einzugsgebiet – dem zweitgrößten in Lateinamerika – verschiedenartigste Giftstoffe, von Agrochemikalien über Bergbauabfälle bis hin zu den Abwässern aus den Kloaken der großen Städte in ihre Flüsse ein und gefährden so die Mündungsgewässer des Río de la Plata. Man kann der Geographie nicht entfliehen und die konventionelle Politik versteht das immer noch nicht. Wir sind mit einer Krise konfrontiert, in der die politischen Grenzen nicht existieren und diese Besonderheit weiterhin zu ignorieren, verschleiert nur das mangelnde Interesse an einer Lösung zur Bewältigung der Krise.

Zivilisatorischer Kollaps

Die ökologische Krise wird uns nach Auffassung der Vereinten Nationen in einen Kollaps der Zivilisation führen. Das ist kein übertriebener Alarmismus, denn diese Warnung wird aus anderen Bereichen und Perspektiven wiederholt. Es ist so, dass die Störungen in wesentlichen Prozessen und Abläufen wie der Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Trinkwasser soziale Proteste entfesseln werden, Migrationswellen und möglicherweise Zusammenstöße zwischen Ländern. Das erklärt den harten Kampf, der in den Reihen der unternehmerischen politischen Eliten im Gang ist. Dabei stehen sich diejenigen, die die konventionellen kapitalistischen Strategien beibehalten wollen, und jene gegenüber, die versuchen, diese Strategien zu reformieren, um genau diesen Kollaps zu vermeiden.

Ein Beispiel sind die Aufrufe seitens des Wirtschaftsforums von Davos zu einem "Neubeginn" oder "reset" des Kapitalismus, die Eingriffe des Staates in die Märkte ebenso verteidigen wie den ernsthaften Kampf gegen den Klimawandel, die Streichung der Subventionen für die Kohlenstoffe oder die Auferlegung höherer Steuern für die Reichsten. Sie tun das nicht aus Solidarität: die Protagonisten begreifen, dass es mit den konventionellen Praktiken zu sozialen Verwerfungen kommen wird, die nicht nur ihre Geschäfte sondern auch ihr eigenes Überleben unmöglich machen werden.

Die Linken hingegen schaffen es noch nicht, substantielle Alternativen zu entwickeln, weshalb sie in den Debatten über verschiedene Varianten des Kapitalismus stecken bleiben.

Im Unterschied dazu werden besonders in Südamerika Möglichkeiten des Wandels postuliert und erprobt, zusam-

mengefasst unter dem Begriff Buen Vivir (Gutes, würdiges Leben), die darauf abzielen, die Verbindung zur Natur wiederherzustellen und dabei die Lebensqualität für die Menschen zu sichern. Im globalen Norden gibt es nichts Vergleichbares. Die Aufgabe unserer lateinamerikanischen Politik besteht darin, diese Diskussionen aufzunehmen, den Blick mehr auf unseren Kontinent und auf unser angestammtes Gebiet zu richten.

Unter dieser Sichtweise sammeln sich viele andere Alternativen, einige lokal und begrenzt, die es ermöglichen, unser ökologisches Erbe zu bewahren und gleichzeitig die Lebensqualität zu sichern. Einige werden seit langem praktiziert, sie sind kraftvoll und haben ein großes Potential. Das gilt etwa für die organische Landwirtschaft (Anbau und Viehzucht), denn sie hängt nicht von Agrochemikalien ab, hält die Plagen biologisch unter Kontrolle, regeneriert die Böden, erfordert mehr Arbeitskraft und liefert gesündere Lebensmittel.

Es sind Optionen, die ihrerseits wirtschaftlich tragfähig sind und in bestimmten Fällen erhebliche Exportströme ermöglichen. Diese und andere Beispiele zeigen, dass es nicht an machbaren Alternativen mangelt, sondern dass wir im Gegenteil von diesen umringt sind. Aber in fast allen Fällen werden sie von der konventionellen "Entwicklungspolitik" (desarrollismo) negiert oder bekämpft.

Gleichzeitig ist klar, dass die notwendigen Veränderungen zur Heilung der Erde nicht nur über neue Technologien oder andere Ansätze in der Entwicklungspolitik führen, sondern über die Wiedererlangung anderer Sensibilitäten und Verantwortlichkeiten. In diesem Bestreben hat Lateinamerika ebenfalls Neuerungen zu bieten wie die Anerkennung der Rechte der Natur, die auf unterschiedliche Art und Weise schon in Ecuador und Kolumbien angenommen worden sind, und die Antworten geben auf Veränderungen in der Ethik und der Gefühlswelt: Es geht darum, zu verstehen, dass die Umwelt und das Leben nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden können und dass es um Gerechtigkeit sowohl zwischen Menschen als auch mit der Natur geht.

Chile:

Verheerende Waldbrände erschüttern das Land

Amerika 21 - Wissenschaftler:innen gehen seit Jahren davon aus, dass die klimatischen Bedingungen in Chile durch die globale Erwärmung extremer und damit anfälliger für Brände werden, weil die Temperaturen steigen und die Niederschläge abnehmen.

Auch Präsident Gabriel Boric äußert sich besorgt und sagt: "In den letzten Jahren hat unser Land die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommen. Wir werden zu einem der brandgefährdetsten Gebiete der Welt".

Als Reaktion auf diese Vorhersagen **fordern viele eine Regulierung der forstwirtschaftlichen Monokulturen**, die in Chile, dem zweitgrößten Zelluloseproduzenten Lateinamerikas, über drei Millionen Hektar Land einnehmen und die massive Ausbreitung von Bränden begünstigen.

Erklärung "Solidarität, Gleichheit, Kooperation und nachhaltiger Handel: eine Alternative zum EU-Mercosur Abkommen" <http://s2bnetwork.org>

Analysen über EU-Mercosur: attac.de, [powershift](http://powershift.org)

Abbiegen - Aussteigen - Umsteigen - Desertieren

Rede von acht Absolvent*innen bei der Abschlussfeier der AgroParisTech am 10. Mai 2022.

Sie weigern sich nach eigenen Angaben "zerstörerische Jobs" auszuüben, und rufen ihre Kommilitonen dazu auf, sich den Umweltkämpfen anzuschließen.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=SUOVOC2Kd50> (mit deutschen Untertiteln)

Die Absolventen des Jahres 2022 sind heute nach drei oder vier Jahren an der AgroParisTech ein letztes Mal zusammengekommen. Viele von uns wollen nicht so tun, als fühlen sie sich stolz und geehrt, diesen Abschluss am Ende einer Ausbildung zu erhalten, die insgesamt dazu führt, dass man sich an den laufenden sozialen und ökologischen Verwüstungen beteiligt.

Wir sehen uns nicht als „Talente für einen nachhaltigen Planeten“.

Wir nehmen die ökologischen und sozialen Verwüstungen nicht als „Fragestellungen“ oder „Herausforderungen“, für die wir als Ingenieur*innen nun Lösungen finden sollen.

Wir glauben nicht, dass wir „jede Landwirtschaft“ brauchen. Wir sehen vielmehr, dass die industrielle Landwirtschaft auf der ganzen Welt einen Krieg gegen Lebewesen und Bauernschaften führt.

Wir sehen Wissenschaft und Technik nicht als neutral und unpolitisch an.

Wir denken, dass technische Innovationen oder Start-up-Unternehmen nichts anderes als den Kapitalismus retten werden.

Wir glauben weder an „nachhaltige Entwicklung“ noch an „grünes Wachstum“ oder „ökologischen Übergang“ – ein Ausdruck, der impliziert, dass die Gesellschaft nachhaltig werden könne, ohne sich von der herrschenden Gesellschaftsordnung zu befreien.



AgroParisTech bildet jedes Jahr hunderte Studierende für die verschiedensten Arbeiten in der Industrie aus: Pflanzen im Labor für multinationale Konzerne manipulieren, die die Unterjochung von Landwirtinnen und Landwirten verstärken; Fertiggerichte entwickeln – und dann Chemotherapien zur Behandlung der verursachten Krankheiten; neue Labels für ein gutes Gewissen erfinden, die es Managern ermöglichen, sich für heldenhaft zu halten, indem sie besser essen als die anderen; so genannte grüne Energien entwickeln, die es ermöglichen, die Digitalisierung der Gesellschaft zu beschleunigen, während sie am anderen Ende der Welt die Umwelt verschmutzen und ausbeuten; Berichte zur Unternehmensverantwortung [CSR = Corporate Social Responsibility] verfassen, die umso länger und grotesker sind, je

skandalöser die vertuschten Verbrechen sind; oder eben Frösche und Schmetterlinge zählen, damit die Betonierer sie legal verschwinden lassen können.

Diese Jobs sind zerstörerisch, und sie zu wählen bedeutet Schaden anzurichten, der durch das Bedienen der Interessen einiger weniger entsteht.

Es waren jedoch genau diese Berufsmöglichkeiten, die uns während unseres gesamten Studiums an der AgroParisTech vorgestellt wurden. Von den Absolventen, die diese Berufe eher als Teil der Probleme denn als Teil der Lösungen betrachten und sich deshalb für das Desertieren entschieden haben, wurde uns hingegen nie berichtet.

Wir wenden uns an diejenigen, die zweifeln, egal, ob dieser Zweifel alltäglich oder flüchtig ist.

An euch, die einen Job angenommen haben, weil „man eine erste Erfahrung braucht“.

An euch, deren Angehörige mit an der Erhaltung des kapitalistischen Systems arbeiten, und die ihr die Last ihrer Blicke auf eure Berufswahl spürt.

An euch, die ihr hinter einem Schreibtisch sitzt, aus dem Fenster schaut und von Freiraum und Freiheit träumt.

An euch, die ihr jedes Wochenende den TGV nehmt, auf der Suche nach einem nicht auffindbaren Wohlbefinden.

An euch, die ihr ein Unbehagen aufsteigen fühlt, ohne es genau benennen zu können, die ihr diese Welt oft für verrückt haltet, die ihr etwas tun wollt, ohne so recht zu wissen, was; oder die ihr gehofft habt, „die Dinge von innen heraus zu ändern“, und jetzt schon nicht mehr daran glaubt. Wir möchten euch sagen, dass ihr nicht die Einzigen seid, die finden, dass etwas nicht stimmt. Denn es stimmt wirklich etwas nicht.

Auch wir haben gezweifelt, und manchmal zweifeln wir immer noch.

Und wir weigern uns, diesem System zu dienen, wir haben beschlossen, andere Wege zu suchen, unseren eigenen Lebensentwurf aufzubauen.

Wie hat das angefangen?

Wir trafen Menschen, die kämpften, und folgten ihnen. Sie zeigten uns die Kehrseite der Projekte, die wir als Ingenieure hätten durchführen können. Ich denke an Christina und Emmanuel, die sehen, wie der Beton über ihr Land auf dem Plateau de Saclay gegossen wird. Ich denke an dieses ausgetrocknete Loch, eine sehr lächerliche Entschädigung für einen Teich voller Molche. Oder an Nico, der von seinem Hochhaus aus sieht, wie die Gärten seiner Kindheit für den Bau eines Ökoviertels niedergewalzt werden.

Hier und da haben wir Menschen getroffen, die andere Lebensweisen ausprobieren, die sich Wissen und Know-how wieder aneignen, um nicht mehr von den Monopolen umweltverschmutzender Industrien abhängig zu sein.

Menschen, die verstehen, wie sie auf ihrem Stückchen Erde leben können, ohne es zu überstrapazieren. Die aktiv gegen schädliche Projekte kämpfen. Die im Alltag eine menschennahe, dekoloniale und feministische Ökologie praktizieren.

Die wieder Zeit für ein gutes Leben finden und füreinander sorgen. All diese Begegnungen haben uns inspiriert, unsere eigenen Wege zu zu gehen.

... Ich lebe seit zwei Jahren auf der ZaD von Notre-Dames-Landes, wo ich unter anderem in der kollektiven Landwirtschaft tätig bin und Lebensmittel anbaue.

... Ich baue eine Bienenzucht und Imkerei in der Dauphiné auf.

... Ich habe mich der Bewegung „Les Soulèvements de la terre“ angeschlossen, um gegen die Aneignung von Agrarland und dessen Betonierung in ganz Frankreich zu kämpfen.

... Ich lebe in den Bergen, habe einen saisonalen Job und beginne mit dem Zeichnen.

... Wir lassen uns als Kollektiv im Tarn auf einem Terre-de-Liens-Bauernhof nieder, zusammen mit einem Bäcker, Brauern und Obstbauern.

... Ich engagiere mich gegen die Atomkraft in der Nähe von Bure.

... Ich bilde mich heute weiter, um mich morgen niederzulassen und mit meinen Händen zu arbeiten.

Wir halten diese Lebensweisen für mehr als notwendig und wissen, dass sie uns stärker und glücklicher machen werden.

Habt ihr Angst davor, einen Schritt zur Seite zu machen, weil er in eurem Lebenslauf „nicht gut aussehen“ würde? Angst, euch von eurer Familie und eurem sozialen Netz zu entfernen?

Angst, die Anerkennung zu verlieren, die euch sonst eine Karriere als Agraringenieur einbringen würde?

Aber welches Leben wollen wir? Einen zynischen Chef? Ein Gehalt, das es uns möglich macht, in einen Flieger zu steigen? Einen dreißigjährigen Kredit für ein Häuschen? Nicht einmal fünf Wochen im Jahr, um in einer „außergewöhnlichen Unterkunft“ ein bisschen durchzuatmen?

Ein SUV mit E-Antrieb, ein Fairphone und eine Treuekarte im Bioladen?

Und dann ... ein Burnout mit 40 Jahren?

Lasst uns nicht unsere Zeit verschwenden. Und vor allem, lassen wir die Energie, die irgendwo in uns brodeln, nicht ungenutzt. Desertieren wir, bevor wir durch finanzielle Verpflichtungen in die Enge getrieben werden.

Warten wir nicht darauf, dass unsere Kinder uns um Geld bitten, um im Metaverse shoppen zu gehen, weil wir nicht genug Zeit hatten, sie von etwas anderem träumen zu lassen.

Warten wir nicht darauf, dass wir zu nichts anderem mehr fähig sind als zu einer Pseudoumschulung auf denselben Job, der nur grün angestrichen ist.

Warten wir nicht auf den zwölften IPCC-Bericht, der zeigen wird, dass Staaten und multinationale Konzerne noch nie etwas anderes getan haben, als die Probleme zu verschärfen, und der seine letzte Hoffnung auf Volksaufstände und Revolten setzen wird.

Ihr könnt jetzt abbiegen. Eine Ausbildung zum -Bauern beginnen. Einige Monate auf einem Hof der WWOOF-Bewegung verbringen. Auf eine Baustelle in einer ZAD oder anderswo gehen. Euch für die einsetzen, die Hilfe benötigen, euch in einer selbstverwalteten Fahrradwerkstatt engagieren

oder euch für ein Wochenende dem Widerstand der „Soulèvements de la terre“ anschließen.

So kann es beginnen.

Es liegt an euch, eure Abbiegung zu finden.

Weitere Erklärungen **bei Abschlussfeiern der „Grandes Ecoles“**

Indignons-nous : [Discours de la remise de diplômes de l'ESSEC, 2022](#)

„Abbiegen heißt nicht wegfliehen“ (Juni 2022), [ENSAT](#)

Ecole Polytechnique: Technologie wird nicht ausreichen - ökologische und soziale Notlage - [Rede am 24. Juni 2022](#) bei der Abschlussfeier des Jahrgangs 2015

Die jungen Absolventinnen und Absolventen der Polytechnique rufen im Kontext des generationsübergreifenden Engagements (Centrale Nantes, AgroParisTech, HEC, Sciences Po, ENSAT) dazu auf, sich vom Mythos des „grünen Wachstums“ zu lösen und sich mit allen Mitteln – sei es im Staat, in Unternehmen oder durch die Entwicklung alternativer Organisationen – gegen den Zusammenbruch des Lebens zu engagieren. Sie prangern die klimapolitische Unbeweglichkeit der Institution an, deren Vorstand von den Interessen großer Industrieunternehmen durchdrungen ist: TotalEnergies, Société Générale, Air France, BlaBlacar. Eine Öffnung für NGOs und die Zivilgesellschaft im weiteren Sinne ist mehr als notwendig, ebenso wie eine größere Transparenz des Verwaltungsrats.

Die glücklichen Deserteure

<https://desertheureuses.noblogs.org/>

Wir möchten uns an alle Ingenieure, Techniker und Forscher wenden, an alle Menschen, die an den Auswirkungen ihrer Tätigkeit und ihrer wichtigen Rolle in der Industrie zweifeln, sie hinterfragen und kritisieren.

Desertieren bedeutet für uns, sich die Mittel dafür zu verschaffen, Abstand zu gewinnen, sich zu treffen und Erfahrungen auszutauschen, damit wir angesichts der Ungeheimheiten dieser Welt nicht mehr allein sind.

Desertieren bedeutet für uns nicht nur, dass jeder Einzelne alles hinter sich lässt: Die Désert'heureuses wollen diesen Akt kollektiv und politisch gestalten. Ihn wünschenswert und zugänglicher machen, indem sie Möglichkeiten aufzeigen, sich in die „Welt da draußen“ zu begeben. Die Wege zu erkunden, aus den Sackgassen, die uns Unternehmen und Industrien bieten, herauszukommen, andere Arten zu handeln, zu existieren und uns zu entfalten.

Wir wollen eine Brücke sein zwischen der „Welt der Ingenieure“ und der Welt der Kämpfe und Orte, die sich dem Zugriff des Marktes entziehen und in denen gegenseitige Hilfe, Solidarität, das Bewusstsein, aufeinander angewiesen sein, und gemeinsame Orientierung gepflegt werden. Denn nur indem wir uns ihnen anschlossen, konnten wir die vielfältigen Möglichkeiten erahnen, außerhalb der kapitalistischen Logik zu leben und sich zu organisieren.

[Bericht über ein Treffen von 80 „Deserteuren“](#)

Karte der lokalen Kämpfe: [luttelocales](#)

Fahrradwerkstätten: <http://www.heureux-cyclage.org/>

Nachhaltiger demokratischer Sozialismus oder highway to climate hell?

Diskussionsveranstaltung am 07.02.2023

Am 07.02.2023 stellte **Prof. Klaus Dörre** seine provokanten Thesen im Bremer DGB-Haus vor. In einem vollem Tivoli-Saal diskutierten Prof. Klaus Dörre, Ernesto Harder (DGB) und Margareta Steinrücke (attac) unter der Moderation von Inge Danielzik über die Utopie einer nachhaltigen Revolution für eine lebenswerte Welt.

Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena und Autor des Buches **"Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution"**, Berlin 2021.

Mit diesem Buch verfolgt er keinen geringeren Anspruch als zu belegen, dass wir den Erhalt des Planeten als für uns bewohnbar mit dem herrschenden kapitalistischen System nicht mehr gewährleisten können. Die Alternative wäre ein nachhaltiger demokratischer Sozialismus. Doch wie würde dieser aussehen und welche Ansätze existieren dafür bereits in unserem heutigen Wirtschafts- und Rechtssystem?

Die ausführlichen Folien zum Vortrag stellen wir hier zum Download bereit.

[07.02.2023 Bremen Sozialismus DGB attac.pdf \(PDF, 2 MB\)](#)

Renate Dillmann

Räumung in Lützerath: Grüne Erfolge, wohin man schaut

Die Sache, um die es geht, ist ein Stück kapitalistischer Alltagspolitik: die per Gesetz verfügte Räumung eines Dorfs für den Braunkohletagebau. Gleichzeitig ist sie ein Beispiel dafür, wie dieser Alltag unter grüner Herrschaft funktioniert. [...]

Eine grüne Ministerin

Mona Neubaur ist die erste grüne NRW-Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. [...]; der „Kohledeal“ vom Oktober 2022 sieht vor, dass das bis 2030 weiter gehen und dafür ein weiteres Dorf, Lützerath, geräumt und abgebaggert wird, weil sich gerade hier die Kohle sehr rentabel gewinnen lässt.[1] Nach Auskunft der Regierenden ist das „rechtsstaatlich“ final beschlossen und deshalb umzusetzen, auch wenn eine neue Studie des DIW zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es dafür weder „eine energiepolitische noch eine klimapolitische Rechtfertigung gibt“. So weit, so normal: Man bestellt sich Gutachten, benutzt die passenden, ignoriert die unpassenden...

Weil Mona Neubaur aber eine Grüne ist, schafft sie es, die 280 Millionen Tonnen fossiler Brennstoffe, die bis 2030 aus der rheinischen Landschaft gebaggert und anschliessend verstromt werden sollen, im Sinne höherer Werte umzudeuten. Ihre Empfehlung an Klimaschützer lautet, die Sache so zu sehen: Man habe hier nicht 280 Millionen Tonnen mehr Braunkohle vor sich, die in den nächsten Jahren verheizt werden und entsprechende CO₂-Emissionen verursachen, sondern 280 Millionen Tonnen weniger als ursprünglich mal geplant und deshalb ist das, was da in den nächsten Jahren an Baggern und Verheizen passiert, ein – Zitat Neubaur in der „Welt“ – „grosser klimapolitischer Erfolg und auch ein Erfolg der Klimaschutzbewegung.“ [...]

Wer jetzt noch keine Einsicht zeigt und verstockt auf irgendeinem Schnee von gestern besteht, kann nach so viel vorbildlicher PR keine weitere Unterredung erwarten: „Am 12. Januar besetzten Aktivisten das Grünen-Büro in Düsseldorf. Sie wollten ein Gespräch mit NRW--Wirtschaftsministerin Mona Neubaur über ihr Versprechen, dass Lützerath bestehen bleibe, erzwingen. Neubaur erschien nicht, dafür in den frühen Morgenstunden am 13. Januar ein grosses Polizeiaufgebot, das das Büro kurzerhand räumte.“ (Terz, Düsseldorfer Stadtzeitung, Februar Ausgabe) [...]



Ein grüner Polizeichef

Federführend beim Einsatz der Polizei in Lützerath ist Dirk Weinspach, Aachener Polizeipräsident und ebenfalls Grüner. Auch er ist im Herzen selbstverständlich ein Klimaschützer, und zwar einer mit grossen Sorgen. Zitat: „Zuallererst ist es mir wichtig festzuhalten, dass ich grosse Achtung vor dem Einsatz derer habe, die sich an dieser Petition beteiligt haben, vor den über 32.000 Unterstützerinnen und Unterstützern und allen, die sich im Klimaschutz engagieren.“ [...]

Da aber nicht die Polizei, sondern die zuständigen Behörden die Entscheidungen treffen, muss jetzt eben – wir können es uns schon denken: leider, leider, leider und mit viel „Achtung vor dem Einsatz“ der Klimaschützer! – geräumt werden. [...]

Zehn bis fünfzehn bürgerkriegsmässig ausgerüstete Hundertschaften aus 14 Bundesländern räumen dann seit dem Morgen des 11.1. im Schichtbetrieb 24/7 das Dorf. Die Polizei setzt offenbar auf eine riesige zahlenmässige Überlegenheit, mit der die Besetzer nicht gerechnet haben. [...] Die Leute, die sich im Dorf aufhalten, werden vor die Wahl gestellt, aufzugeben oder eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zu kassieren; wer sich weigert, hat darüber hinaus erst mal mit unmittelbarer Gewaltanwendung durch die massiv ausgerüsteten Polizisten zu rechnen.

Das sieht dann für Dirk Weinspach so aus (Tagesthemen vom 11.1.23): „Überwiegend ist es friedlich verlaufen, über den Tagesverlauf. Darüber bin ich froh und was mich be-

sonders befriedigt, dass über 200 Besetzerinnen und Besetzer das Angebot genutzt haben, hier freiwillig und ohne polizeiliche Massnahmen den Einsatzraum zu verlassen.“ Der Mann hat Humor. „Friedlich“ und „freiwillig“ – das ist wirklich spassig angesichts der polizeilichen Machtdemonstration, die er hat auffahren lassen. [...]

Am Samstag verdirbt die Demonstration mit mehr als 35.000 Teilnehmern [...] die tolle Bilanz ein wenig. Das macht aber nichts, weil sich daran gleich wieder die gute alte Debatte über die schreckliche „Gewalt“ aufziehen lässt. Damit ist natürlich nicht die Staatsgewalt mit ihren Hundertschaften samt schwerem Gerät gemeint, sondern die „gewaltbereiten Protestierer“, die es gewagt haben, von der vorgeschriebenen Route abzuweichen. Sie „mussten“ mit Polizeiknüppel und Pfefferspray von weiteren Straftaten abgehalten und auch vor Unfällen „an der Abbruchkante“ geschützt werden – in ihrem eigenen Interesse natürlich!

Fazit: Die Staatsgewalt in Grün hat in Lützerath demonstriert, dass sie „es“ kann. Den etwas heiklen Fall dieses „Symbols“ der Klimabewegung, an dem diese zeigen will, wie wenig ernst es Deutschland mit seiner Klimapolitik meint, hat das grüne Duo geschmeidig bewältigt – und das vermutlich durchaus besser als es andere (bei der Klima-Bewegung verhasste) Figuren aus dem liberalen Lager oder von der Christenpartei gekonnt hätten. [...]

Auszüge aus [untergrund-blättle.ch](https://www.undergrund-blättle.ch)

Kritische Aktionäre: Die Räumung von Lützerath: 35.000 Menschen bei Großdemo

Nichtregierungsorganisationen fordern Moratorium für den Ort am Rande des Tagebaus Garzweiler und kritisieren Polizeigewalt / Widerstand in der Region hält auch nach Zerstörung von Lützerath an – [Bericht](#)

Aktuelle Infos unter <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

Die Politik hat den Ernst der Lage nicht begriffen

Gemeinsame Erklärung von Wissenschaftlern, Autoren, Politikern, Klimaaktivisten und Bürgerrechtlern zur gewaltsamen Räumung von Lützerath

[...] Lützerath ist ein Beleg dafür, wie wenig ernst die Politik den Klimaschutz und ihre eigenen Gesetze nimmt. Am 24. Juni 2021 wurde ein neues Bundesklimaschutzgesetz verabschiedet. Zweck dieses Gesetzes ist „die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Danach soll der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten.“ (Bundes-Klimaschutzgesetz, Gesetze und Verordnungen, BMUV, 2021).

Der „Expertenrat für Klimafragen“ dessen Mitglieder von der Bundesregierung ernannt werden [stellt fest](#), dass eine „sehr große Lücke“ zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes besteht, dessen erlaubte Restemissionen sogar auf mindestens 2 Grad Erderwärmung hinauslaufen würden. Doch auch diese ungenügenden Verpflichtungen werden nicht eingehalten.

[...] Eine brandaktuelle Studie namhafter Klimawissenschaftler mit dem Titel „Klima-Endspiel“ (2022) verweist auf die bisherige Vernachlässigung und Unterschätzung von Kippunkten im Klima- und Erdsystem und auf eine bisher viel zu optimistische Einschätzung von Risiken. Eine schnelle Erderwärmung von 3 Grad gefährdet möglicherweise bereits das Überleben der Menschheit (siehe: Klimakrise: Was passiert bei drei Grad Erderwärmung?, [Spektrum der Wissenschaften](#)).[...] **Die 1,5-Grad-Grenze verläuft vor Lützerath**

Wir zeigen uns solidarisch mit den Aktivist:innen vor Ort und unterstützen ihre Forderungen. Unser noch verfügbares

CO2-Budget erlaubt keine weitere Verschwendung. [...] Insbesondere die Wissenschaftler*innen dürfen sich nicht hinter komplizierten Modellen und Forschungsprojekten verschanzen, sondern müssen viel offensiver die Gesellschaft und die Politik über die drohenden Gefahren aufklären und sich dafür Verbündete in Medien und in der Zivilgesellschaft suchen. Eine Pressemitteilung reicht nicht zur Verbreitung der Wahrheit! [...]

Es gibt keine Energiekrise, sondern eine lebensgefährliche Energie- und Ressourcenverschwendung

Wir fordern die Überwindung der Zwangswachstumsgesellschaft und ihrer unverantwortlichen Klima- und Verkehrspolitik durch geeignete, konsequente ordnungspolitische Maßnahmen, d.h. auch durch Verbote (z.B. von Kurzstreckenflügen und von Autowerbung), durch die Streichung und Umlenkung von fossilen Subventionen, den consequenten Ausbau und die Subventionierung von ÖPNV und Zugverkehr, ein Tempolimit auf Autobahnen und warum nicht, durch ein wechselndes Fahrverbot in Abhängigkeit von der Endziffer des Nummernschildes, wie es die Internationale Energieagentur (IEA) vorschlägt? E-Autos sind keine Lösung der Klimakrise und nicht klimafreundlich, - schon wegen dem CO2- Rucksack ihrer Batterien. Der motorisierte Individualverkehr müsste insgesamt bald ein weitestgehendes Ende finden und wieder Raum geben für die Menschen und die Natur. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien müssen vor allem Energie, Rohstoffe und Transporte eingespart werden, - es muss also endlich der Übergang zu einer regional orientierten, naturverträglichen, klimaneutralen und lebensdienlichen Wirtschaftsweise in Angriff genommen werden.[...] Seien wir ungehorsam, – aus wissenschaftlicher Einsicht und aus Liebe zu allem Lebendigen bleibt uns nichts anderes übrig.

[Lunapark21](#)

4. Sitzung des RWE-Tribunals am 11. und 12. März 2023
im großen Saal der [Alten Feuerwache, Melchiorstraße 3, 50670 Köln](#) <https://www.rwe-tribunal.org/>

“End Fossil“-Besetzungen



(Auszüge) Ab dem **2. Mai** 2023 werden in Deutschland erneut dutzende Schulen und Unis besetzt! Wir sind Schüler*innen und Studierende, aber wir wollen die **gesamte Gesellschaft** inspirieren mit uns jetzt zu handeln! Wir werden nicht aufgeben, bis die **fossile Ära zu Ende ist!** Unser Ziel ist es die fossile Wirtschaft zu beenden. In Deutschland gibt es **folgende konkrete Forderungen an die Politik:**

1. Keine Profite mit Energieproduktion! Wie unsere Energieversorgung sichergestellt wird, muss demokratisch und nicht profitorientiert geregelt werden. Deswegen fordern wir sofort eine Übergewinnsteuer für alle Energieträger. Langfristig muss die Energieproduktion vergesellschaftet werden.

2. Verkehrswende für alle! Der Verkehrssektor macht 18,2% der jährlichen deutschen Treibhausgasemissionen

aus. Um dies zu ändern, brauchen wir einen regelmäßigen für alle erreichbaren ÖPNV. Auch ein massiver Ausbau des überregionalen Schienennetzes ist längst überfällig. Damit der ÖPNV auch von allen genutzt werden kann, braucht es ein 9€-Ticket. Langfristig sollte ein ticketloser, kostenloser ÖPNV angestrebt werden.

3. Wir schließen uns den Forderungen von *Lützi bleibt!*, *Debt for Climate* und *Genug ist Genug* an.

4. Zusätzlich gibt es von vielen Besetzungen lokale Forderungen. [...]

Die fossile Industrie ist der Grundpfeiler unseres Systems. Wenn wir diese zerschlagen, ebnet das einen für alle gut verkraftbaren Weg zur Klimaneutralität. [...] **Wir werden Besetzungen als Mittel nutzen, um für unsere Gegenwart und Zukunft zu kämpfen. Dies ist nur durch ein schnelles Ende von fossilen Brennstoffen möglich.**

Zu Besetzen heißt, das alltägliche Leben zu stören und Normalität zu stören heißt, laut und klar zu sagen, dass unser Haus am brennen ist. **Wir werden Besetzungen machen, um das Ende von Fossilien zu fordern.** [...] Unser Ziel ist nichts geringeres: **Wir fangen als Studierende an, aber wir wollen, dass die gesamte Gesellschaft für Klimagerechtigkeit aktiv wird. (...)** [...] <https://endfossil.de/>

Gerd Bock, RG Attac Bremen Das Klima-Buch von Greta Thunberg

Englische Originalausgabe 2022, deutsche Erstausgabe 2022, S. Fischer Verlag - 487 Seiten, viele Farbfotos und farbige Schaubilder.

5 Abschnitte, jeweils von Greta Thunberg eingeleitet.

1. Wie das Klima funktioniert.
 2. Wie unser Planet verändert wird
 3. Die Folgen für uns
 4. Was wir dagegen unternommen haben
 5. Was wir jetzt tun müssen
- Diesen Themen sind zwischen 6 und 27 Beiträge gewidmet.

Über dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen immer gefährlichere Eskalation droht die Klimakatastrophe aus dem Blick zu geraten. Dieser Krieg und der wachsende Konflikt zwischen den USA und China um die weltweite Führung erscheinen irrsinnig in einer Situation, wo das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht.

Die Größe der Gefahr führt das Klima-Buch von Greta Thunberg eindringlich vor Augen durch kompetente Beiträge von Wissenschaftlern und Aktivisten, Farbfotos und farbige Schaubilder. Die Texte zeigen, wie Politik diese oder jene

meist unzureichende Maßnahme ankündigt, ohne sie konsequent umzusetzen. Unkenntnis und Verharmlosung in den meisten unserer Medien orchestrieren diese Tatenlosigkeit, die sich als angemessene Klimapolitik ausgibt.

In ihrem Artikel „Hier ziehen wir die Grenze“ bebildert Greta Thunberg den ganzen Irrsinn, den Betrug und Selbstbetrug der gegenwärtigen „Klimapolitik“ auf unvergessliche Weise:

„Unsere sogenannten Führungskräfte glauben immer noch, sie könnten mit der Physik und den Naturgesetzen verhandeln. Sie sprechen mit Blumen und Wäldern in der Sprache von US-Dollars und kurzfristiger Wirtschaftspolitik. Sie halten ihre Vierteljahresbilanzen hoch, um Wildtiere zu beeindrucken. Sie lesen den Meereswellen Börsenberichte vor wie Narren.“

Viele Artikel machen deutlich, dass der reiche Norden, bzw. die Industrieländer zwar die größten Klimakiller sind, aber die schlimmsten Auswirkungen den globalen Süden treffen. Und da wo im Süden die Natur zerstört wird – durch Abholzung, Bergbau etc. - die Rohstoffe in die Industrieländer wandern.

Ein besonders wichtiges Problem wird im Buch zwar angesprochen, aber nur unbefriedigend behandelt:

Ist Nachhaltigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems unter seinem Wachstumszwang überhaupt möglich?

Nur zwei Wissenschaftler (Ökonomen) versuchen eine Antwort, Ein Ja mit Einschränkungen: Eine ökonomische Entwicklung „in allen Dimensionen“ sei möglich, wenn zugleich die Probleme des Klimawandels angegangen würden. (Nicholas Stern, S.337)

Ein vorsichtiges Nein, mit Vorschlägen, welche Sektoren erweitert und welche zurückgebaut werden sollten. (Jason Hickel, S.341ff)

Worum hier vergeblich gerungen wird, erscheint mir als das eigentliche Problem:

Ist die Klimakatastrophe im Kapitalismus überhaupt zu bewältigen?

Dass der globale Süden in punkto Wohlstand (Nahrungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Arbeit etc.) so benachteiligt wurde und wird, verlangt geradezu einen Systemwechsel.

Globaler Klimastreik am 3. März 2023

<https://fridaysforfuture.de/>

Attac Österreich

Die EU-Kommission will raus aus dem Energiecharta-Vertrag

Die EU-Kommission vollzieht eine 180-Grad-Wendung: Nachdem sie jahrelang am klimaschädlichen Energiecharta-Vertrag (ECT)* festgehalten hatte, will sie nun offiziell den Ausstieg der EU-Staaten. Sie hat damit endlich die politische Realität akzeptiert: Der ECT findet unter den EU-Staaten keine Zustimmung mehr, weil er Klimaschutzmaßnahmen und die dringend notwendige Energiewende behindert. Das ist ein riesiger Erfolg für Attac und die europäische Zivilgesellschaft, die seit Jahren in vielen EU-Staaten gegen den Vertrag kämpft!

Voraussetzung für einen koordinierten Ausstieg der EU ist nun eine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Staaten. Diese ist zum Greifen nahe. (1)

Die österreichische Regierung prüft seit vergangendem November den Ausstieg aus dem Vertrag – bisher jedoch ohne Entscheidung. Es ist höchste Zeit, dass sich Österreich jetzt jenen EU-Ländern anschließt, die bereits aus dem Vertrag ausgestiegen sind. Nur so kommen wir einem koordinierten EU-Austritt näher!

Fordere die Regierung zum Ausstieg aus dem ECT auf.

Warum ein Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag besser als eine "Reform" und deshalb unumgänglich ist, erklären internationale Jurist*innen detailliert in diesem Kommentar im Standard (an dessen Veröffentlichung Attac beteiligt war).

* Der ECT ist ein Vertrag zwischen 53 Staaten inklusive der EU. Er ermöglicht es fossilen Konzernen, Staaten vor privaten Schiedsgerichten für neue Gesetze zum Klimaschutz auf Schadensersatz zu verklagen, wenn diese ihre Profite bedrohen. (2)

(1) Deutschland hat im vergangenen November seinen Ausstieg aus dem ECT-Vertrag angekündigt. Auch Italien, Polen, Spanien, die Niederlande, Frankreich, Slowenien und Luxemburg haben den Ausstieg aus dem Vertrag angekündigt oder vollzogen. Laut Attac vorliegenden Informationen sind neben Österreich auch Belgien, Portugal, Irland, Dänemark, Griechenland, Tschechien, Bulgarien und Lettland bereit einen Ausstieg zu vollziehen. ([attac DE](#))

(2) Beispiele dafür sind Konzernklagen gegen den Kohleausstieg der Niederlande, gegen ein Frackingverbot in Slowenien oder gegen das Verbot einer Ölplattform in Italien. ([attac DE](#))

Attac Österreich zur Energiepolitik

EU-Industrie-Plan: Klimaschädliche Handelspolitik statt klimasozialer Globalisierung

Die EU hat am 1. Februar mit dem **Green Deal Industrial Plan** ihre Antwort auf die neue US-amerikanische Industriepolitik (*Inflation Reduction Act*) präsentiert. (*In den USA werden gezielt „grüne“ Investitionen gefördert - auch um diese Produktion aus China zurückholen oder aufbauen.*) Kritiker sprechen davon, dass die EU-Förderungen zur Spielwiese für Konzernlobbyisten werden könnten: "Schon jetzt fließt das Geld überwiegend an Großkonzerne, verteilt nach einem weitgehend intransparenten Entscheidungsverfahren."

Eine zentrale Rolle bei den EU-Plänen spielt zudem der rasche Abschluss neuer Handelsabkommen, etwa mit Chile, Mexiko oder EU-Mercosur. Diese sollen europäischen Konzernen Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sichern. Doch damit wird die EU weder die Pariser Klimaziele noch die Biodiversitätsziele erreichen können. Eine klimasoziale Transformation der Wirtschaft würde eine drastische Reduktion der Welthandelsströme und eine der Stärkung europäischer Wirtschaftskreisläufe bedeuten. Dabei müssen Produktion, Konsum, Energie- und Ressourcenverbrauch in Europa drastisch sinken und mit einer Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende einhergehen.

Mit ihrer neoliberalen Handelsagenda zementiert die EU hingegen eine klimaschädliche Wirtschaftsweise im Sinne von Wachstum und Profitlogik ein. Der Green Deal Industrial Plan ist kein Schritt zu einer dringend nötigen klimasozialen Globalisierung. ([Attac.at](#))

Öl- und Gaskonzerne mit immer neuen Rekordprofiten

Während Menschen darum kämpfen, sich Energie und grundlegende Güter leisten zu können, verkünden **Öl- und**

Gaskonzerne immer neue Rekordprofite. Allein folgende 7 Konzerne haben im Jahr 2022 mehr Profit gemacht als die gesamte Wirtschaftsleistung von rund 70 Ländern zusammen: Saudi Aramco erwartet etwa 150 Mrd. \$, Exxon 56 Mrd. \$, BP rund 55 Mrd. \$, Shell 40 Mrd. \$, Chevron 36 Mrd. \$, Total 25 Mrd. \$, (...) OMV 5,2 Mrd. €.

Jahrelang haben die Öl- und Gaskonzerne in der Klimakrise gelogen und betrogen, um dieses kaputtgespartes Energiesystem aufrechtzuerhalten. Und die gesamte Branche will in den kommenden Jahren weiter expandieren. Exxon, Chevron und Co. haben vor allem eine Reihe von Ländern im globalen Süden im Visier. Auch BP will Investitionen in Öl und Gas erhöhen. Diese unfassbaren Profite jetzt sofort etwa mit einer wirksamen Übergewinnsteuer - oder noch besser generell progressiven Konzernsteuern - stärker zu besteuern, ist dringend nötig.

Doch wir müssen das Problem an der Wurzel bekämpfen. Unser Energiesystem muss völlig neu organisiert werden. Es muss demokratisch und öffentlich am Gemeinwohl - und nicht an Profiten - ausgerichtet sein. Daher müssen wir das Energie-Casino schließen und die gescheiterte Liberalisierung der Energiemärkte beenden! Mehr dazu in unseren kommenden Newslettern ...

Videomitschnitt der Diskussion "Public Power"

Die aktuelle Krise zeigt, dass der europäische Energiemarkt nicht auf Versorgungssicherheit, sondern auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Mini-Korrekturen werden daher langfristig nicht genügen, um eine gerechte und ökologische Energieversorgung zu garantieren. Doch wo ansetzen? Diese Fragen diskutierten wir am 27. Jänner 2023 mit internationalen Expert*innen. Hier der Video-Mitschnitt